

Pressemitteilung

04. März 2026

Pressemitteilung von Die Linke Wiesbaden

Die Linke Wiesbaden: Mietwucher-App legt Abzocke offen

Seit einem Monat gibt es die Mietwucher-App von der Linken auch in Wiesbaden. Diesen Zeitraum nimmt der Kreisvorsitzende der Linken, Jona Löbcke, zum Anlass, um ein Zwischenfazit zu ziehen:

„Unsere Mietwucher-App wurde 406-mal in Wiesbaden in den letzten vier Wochen genutzt. In 202 Fällen überstiegen die Mieten mit mehr als 20 % die ortsübliche Vergleichsmiete. Allein diese Zahlen zeigen schon, dass es in der Landeshauptstadt Handlungsbedarf gibt“, so Löbcke. „Besonders empörend sind aber die 26 Meldungen, bei denen im Schnitt 43 % überhöhte Miete über das Portal der Linken im Bundestag an die Stadt Wiesbaden übermittelt wurde. Hier ist nun die Stadtverwaltung am Zug und muss eine tiefere Prüfung bzgl. eines Ordnungswidrigkeits- oder Straftatbestandes vornehmen.“

Eins ist klar: Die Linke ist auch jenseits von Wahlterminen die Partei, welche sich für ein bezahlbares Leben und soziale Gerechtigkeit einsetzt! Unser Portal ist auch weiterhin zu finden unter mietwucher.app“

Hintergrund:

Gemäß § 5 Wirtschaftsstrafgesetz „Mietpreisüberhöhung“ handeln Vermieter ordnungswidrig, wenn sie für Wohnraum eine unangemessen hohe Miete erlangen. Als unangemessen hoch gilt eine Miete, die die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20% übersteigt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld von bis zu 50.000€ geahndet werden. Zuständig sind die kommunalen Ämter. Neben einem Mangel an bezahlbaren vergleichbaren Wohnungen muss jedoch auch eine individuelle Notlage nachgewiesen werden, was die Anwendung erschwert.

Wird die ortsübliche Vergleichsmiete gar um mehr als 50% überschritten, handelt es sich vermutlich um Mietwucher und eine Straftat nach § 291 StGB, wofür sogar Freiheitsstrafen vorgesehen sind. Da die Beweislast noch höher ist und die Staatsanwaltschaften überlastet, werden die Verfahren aber meist fallen gelassen. Die Verantwortung liegt also bei den Kommunen, die Fälle zu verfolgen.

Das Vorgehen gegen Mietwucher und die Erleichterung dessen sind dringend nötig. Laut Daten des Städtetags liegen in den Städten selbst konservativ anhand von Mietspiegeldaten gerechnet bis zu 15 Prozent im Bereich von Mietpreisüberhöhungen bis hin zu Mietwucher über 50 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmieten. Ein spitzeres Modell für Frankfurt am Main geht bei Neuvermietungen sogar von 64 Prozent Mietpreisüberhöhungen und Mietwucher aus.